

Kommunales Parteiprogramm

Am 27. September 2009 hat die Piratenpartei Deutschland mit großem Erfolg an der Wahl zum Deutschen Bundestag teilgenommen. In Neustadt an der Weinstraße wurde ein Ergebnis über dem Bundesdurchschnitt errungen. Die Piratenpartei steht für die Bewahrung und Gewährleistung von Freiheit und Demokratie. Unter dieser Überschrift versammeln wir ein weites Spektrum einzelner Themenbereiche, wie zum Beispiel bürgernahe Politik und die Abschaffung bestehender und Verhinderung neuer Zensur- und Überwachungsmaßnahmen. Hierzu gehören auch offene Standards und quelloffene Software in kommunalen Behörden, die Stärkung der Internetkompetenz der Bürger, die Schaffung von Internetzugängen unabhängig vom Wohnort und ein ernst gemeinter, echter Datenschutz für alle Menschen. All dies basierend auf freiem Zugang zu Kultur, Wissen und Bildung. Viele dieser Themen müssen auf kommunaler Ebene beantwortet werden. Mit dem Resultat der Bundestagswahl im Hinterkopf und dem Anspruch, eine Partei auf allen Ebenen der Politik zu sein, haben wir, die PIRATEN des Kreisverbandes Mittelhaardt, dieses Parteiprogramm beschlossen.

Bürgerbeteiligung und politische Transparenz

Die Piratenpartei versteht sich als Bürgerrechtspartei im Informationszeitalter. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Bürgerrechte ist es, dem Bürger mehr Möglichkeiten zu bieten, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Um der Stimme des Bürgers Gehör zu verleihen, setzt sich die Piratenpartei Mittelhaardt für folgende Punkte ein:

- Online-Mitzeichnungsmöglichkeiten von Bürgerbegehren für eine unbürokratischere Mitgestaltung der Politik durch den Bürger
- Entscheidungsprozesse aller gewählten Gremien transparent nach außen darstellen
- Berücksichtigung von Empfehlungen ausschließlich auf Basis der Sachkunde anstatt Partei- oder Lobbyzugehörigkeit

Das zentrale Anliegen der Piratenpartei ist der „Gläserne Staat statt des gläsernen Bürgers“. Ein gläserner Staat ist transparent in seiner Arbeit und dient ausschließlich dem Gemeinwohl der Bürgergemeinschaft. Dazu zählen:

- Transparenz statt geheime Absprachen
- Bürgerwille statt Regieren von oben

Wir bieten jedem engagierten Bürger die Möglichkeit, zu einer besseren Politik beizutragen. Die PIRATEN setzen sich für eine transparente und bürgernahe Politik ein.

Digitale Kultur

Gut informierte Bürger sind die Basis für Demokratie und Freiheit. Genau das muss auf digitale Medien weiter ausgedehnt werden. Wir werden die Digitalkultur in der Region fördern und stärken. Ziel ist es, hier insbesondere die Kompetenz im Umgang mit dem für viele heute schon wichtigsten Kommunikationsmittel, dem Internet, zu vermitteln und auszubauen. Der selbstverständliche Umgang mit dem Internet erlaubt eine Willens- und Meinungsbildung aus einem breiten Spektrum unabhängiger Informationsquellen. Es ist wichtig, dass alle Bürger jeder Altersgruppe die Nutzung digitaler Kommunikation und Technik sicher und souverän anwenden können. Wir möchten die verschiedenen Generationen zusammenbringen um die Kluft zwischen analoger und digitaler Gesellschaft zu überwinden.

Wir wollen:

- Aufklärungsarbeit leisten
- Treffpunkte zum Austausch von Fragen, Meinungen und Hilfen
- Nutzungspotentiale neuer Technik aufzeigen und erschließen

- Risiken und Prävention aufzeigen
- Nutzeranalysen durch Werbetreibende und Unternehmen begegnen
- Gründe und Hilfen für umsichtigen Umgang mit persönlichen Daten im Netz aufzeigen
- Zensur- und Überwachungsmechanismen des Staates erläutern
- Ausspähungen durch staatliche Stellen und andere Neugierige begegnen
- Gegenseitige Unterstützung der Bürger fördern
- Ansprechpartner für Lehrer und Dozenten für die Umsetzung und den Ausbau bereits vorhandener Lehrpläne zu diesen Themen zur Verfügung stellen
- Ansprechpartner und Beratung für Eltern
- Beratung zum Thema Onlinesucht
- Vereinfachungen und Falschdarstellungen seitens der Politik und Medien aufdecken und einordnen (Beispiele sind Onlinespiele, Wahlcomputer, angeblich rechtsfreier Raum des Internets)
- Die strikte Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit von Internetauftritten der öffentlichen Hand

Diese Ziele möchten wir mit dafür bereitzustellenden, städtischen Räumlichkeiten und professioneller Infrastruktur umsetzen. Dabei werden wir die verschiedenen Zielvorstellungen der jeweiligen Altersgruppen berücksichtigen. Flankiert werden soll dies durch den Aufbau professioneller Angebote an bereits vorhandenen Einrichtungen. Eine Ergänzung durch Workshops und Seminare zu aktuellen Themen ergänzt die Weiterbildungsmaßnahmen. Digitale Kultur ist auch Netzkultur. Daher müssen alle Angebote durch darauf abgestimmte und damit integrierte Onlineangebote für die Neustadter Bürger abgerundet werden. Diese Angebote müssen durch entsprechende Werbemaßnahmen in das Bewusstsein der Bürger getragen werden.

Datenschutz auf allen politischen Ebenen

Das Thema spielt in der gesamten Politiklandschaft eine völlig untergeordnete Rolle. Die PIRATEN sind die einzige Partei, die ganz besonders für die Themen Datenschutz und Schutz der Privatsphäre der Bürger eintritt. Das kürzlich verabschiedete Programm zur Landtagswahl 2011 unterstreicht diesen Anspruch in aller Deutlichkeit. Es ist notwendig, sich diesen Herausforderungen auf allen politischen Ebenen (Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik) zu stellen. Die Piratenpartei wird in jeder Phase kommunaler Ausschreibungen, Projekte und Entscheidungen kritisch die Bürgerrechte und den Datenschutz in die Betrachtungen einbeziehen.

Die Erfassung von immer mehr Daten in fast allen Lebensbereichen der Bürger führt zu massiven Problemen. Um diese zu verstehen, ist eine Einzelfallbetrachtung bzgl. der Erfassung nicht zielführend. Genau das Gegenteil ist der Fall. Viele Daten, die bereits erfasst werden, werden für sich genommen meist als ungefährlich wahrgenommen. Was bei der Diskussion immer wieder ausgeblendet wird, ist die Verknüpfung der Informationssysteme untereinander und die Zuordnung von Daten, die in einem System liegen, zu Daten zu einer Person, die in anderen Systemen hinterlegt sind. Diese Zusammenführung geschieht heute meist noch durch manuelle Eingriffe. Die Automatisierung wird aber bereits umgesetzt. Der gemeinsame Schlüssel für diese Automatisierung der Verknüpfung wurde bereits eingeführt: Die neue, ab der Geburt lebenslang gültige Steuernummer. Eine Personenkennziffer durch die Hintertür des Steuerrechts. Die verschiedenen Datensammlungen, deren Abgleich und die Rasterung im Falle eines Verbrechens führt sehr schnell dazu, dass gar nicht erst klassische Ermittlungen durchgeführt werden, sondern dass zunächst Datenbanken daraufhin untersucht werden.

Am Ende muss der Bürger seine Unschuld beweisen, da alle Daten darauf hindeuten, dass er im Kreis der Verdächtigen ist.

Wir unterstellen: Wir Bürger sind keine Täter. Auch keine potentiellen. Das Grundgesetz, dessen primäre Aufgabe es ist, den Bürger vor dem Staat zu schützen, stellt nicht umsonst die Unschuldsvermutung in den Vordergrund. Diese wird allerdings mit den angehäuften Datenhalden ausgehebelt und ad absurdum geführt. Wir fordern:

- Ein kompetentes, gut besetztes Datenschutzbüro, welches in kommunale Projekte eingebunden wird
- Den besten Datenschutz: Datenvermeidung statt -erhebung
- Kürzest-mögliche Fristen für die Aufbewahrung zwingend notwendiger Daten
- Öffentliche, einfach zugängliche und klar verständliche Bereitstellung von Informationen darüber, wo die Verwaltung welche Informationen über welchen Bürger speichert und wie sie diese Daten schützt

Demokratie und Freiheit sind die Basis von allem. Beides braucht effektiven, ernst gemeinten Datenschutz. Daran muss Politik sich messen lassen. Selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene.

Genehmigungspflicht für Videoüberwachung

Seit einiger Zeit ist in Neustadt am Haltepunkt Böbig und am Saalbau eine Überwachungskamera montiert. Die Kamera am Saalbau soll aufgrund des großen Widerstands bald demontiert werden, aber wie eine Stadtratsfraktion schon angekündigt hat, wird es in naher Zukunft wieder das Vorhaben geben, an dieser Stelle die Videoüberwachung einzuführen. Die PIRATEN sind strikt gegen jede Videoüberwachung an Plätzen ohne polizeilichen Brennpunkt. In Neustadt muss ein Umdenken stattfinden, von der gefühlten Sicherheit hin zu einer konsequenten Abwägung zwischen Sicherheit und der Freiheit des Individuums. Wir fordern:

- Umkehr der Voraussetzungen für den Betrieb von Kameras: Der Bürger muss sich nicht im Nachhinein dagegen wehren, sondern jeder Betreiber muss sich im Vorfeld umfassend rechtfertigen
- Deutlichere, gut erkennbare und unmissverständliche Kennzeichnung von Geschäften und Gaststätten, die ihre Gäste und Kunden im Innenbereich überwachen
- Entschlossenes Vorgehen gegen jede Kamera, die unerlaubt im öffentlichen Raum angebracht wird